

**James O'Connor**

## **Mord im Orient-Express: Die politische Ökonomie des Golfkrieges**

*Zusammenfassung: Die Gegner des Golfkrieges haben die Entscheidung der Bush-Administration, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen, zum einen mit ökonomischen und zum anderen mit politischen Motiven und Strukturkonstellationen zu erklären versucht. Beide Erklärungen stellen aber nur Teilwahrheiten dar. Tatsächlich war der Krieg ein »Mord im Orient-Express«: Alle in Verdacht genommenen Akteure haben ein Motiv für den Krieg und haben zur Entscheidung für den Einsatz militärischer Mittel ihren Teil beigetragen.*

### **1. Einleitung**

Die aktiven Kriegsgegner sind über die Annexion Kuwaits durch den Irak und die Unterwerfung des Irak durch die USA in zwei Denkschulen gespalten. Die eine Schule hat eine ökonomische Theorie des Krieges, die andere eine politische. Die ökonomische Theorie unterstreicht die Bedeutung der Kontrolle über das Golföl und die Rolle des Öls und der Ölrenten im amerikanischen Kapitalismus und der Weltwirtschaft. »Der Grund für den Krieg mit dem Irak ist das Öl«, sagte Senator Bennett Johnson, Vorsitzender des Energy and Natural Resources Committee im Februar 1991. Die politische Theorie betont die Dringlichkeit einer Nahostpolitik, die Rolle der USA als Weltpolizist und die Imperative der nationalen Sicherheitsordnung, die nach dem zweiten Weltkrieg errichtet wurde, um den »Kommunismus einzudämmen« und die nationalen Befreiungskämpfe zurückzudrängen. Das Ziel des Krieges mit dem Irak ist die Herstellung einer »neuen Weltordnung«, sagte George Bush.

Die ökonomische Theorie behauptet, daß radikale Veränderungen im amerikanischen Kapitalismus nötig sind - besonders was die Spielarten und Muster von Energieproduktion und -verbrauch, die Konsumentennachfrage und die Investitionsprioritäten des Big Business und Big Banking anbelangt -, um die nationale und die Weltwirtschaft so umzuformen, daß der »Wettlauf um Ressourcen« und Kriege aus imperialistischer Rivalität nicht mehr wünschenswert oder möglich sind. Die politische Theorie behauptet, daß ein reformistischer Präsident und Kongreß und eine radikal beschnittene Rolle des Pentagon und des militärisch-industriellen Komplexes einiges dazu beitragen könnten, imperialistische Kriege in Zukunft zu verhindern. Von daher stimmen zwar beide Theorien darin überein, daß der militärisch-industrielle Komplex abgeschafft und die Prioritäten des amerikanischen Bundeshaushalts drastisch geändert werden müssen, jedoch betont die ökonomische Theorie, daß es wichtig sei, die Investitionsentscheidun-

gen zu demokratisieren und ökonomische Alternativen zu schaffen, während die politische Theorie die Notwendigkeit unterstreicht, einen Reformdemokraten ins Weiße Haus zu bekommen, der dem Land zu einer neuen Definition der »nationalen Sicherheit« verhelfen werde.

Diese beiden Theorien, die sich auf den ersten Blick ausschließen, ergänzen einander faktisch. Beide haben die Geschichte, die Logik und die Fakten auf ihrer Seite. Aber beide stellen Teilwahrheiten dar, zwei Erklärungsweisen desselben Ereignisses auf unterschiedlichen Ebenen theoretischer und historischer Abstraktion.

Der Grund, warum es überhaupt zwei Theorien gab, besteht darin, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die ökonomische Herrschaft sich nicht automatisch in politische Herrschaft übersetzt. Der kapitalistische Staat ist »relativ autonom«, ein Ergebnis des langen Kampfs der europäischen Bourgeoisien, eine klarschnittene Unterscheidung von ökonomischer und politischer Macht, bürgerlicher Gesellschaft und Staat durchzusetzen. Ökonomisch gesehen hat dies die Form angenommen, daß die Geldbörse des Königs und der öffentliche Haushalt getrennt wurden, wie das Land des Königs vom öffentlichen Grund und die Unternehmungen des Königs von privaten Geschäften. Politisch nahm dies die Form des Liberalismus an. Seitdem mußte sich das Kapital politisch organisieren, um die politische Macht zu erlangen und zu behalten. Falls jemand an dieses grundlegende Faktum der kapitalistischen Politik erinnert werden muß, braucht er sich nur die nicht zuletzt von Privatinitiativen lancierten Political Action Committees in den späten siebziger und frühen achtziger Jahre in Gedächtnis zu rufen, die dazu beigetragen haben, die Macht der - von Ronald Reagan geführten - politischen Ebene direkt in die Hände der Kapitalistenklasse zu legen.

Aber in Sachen Öl ist es anders. Der erdölverarbeitende Sektor macht den größten Industriezweig aus und die Ölverkäufe und Profite pro Beschäftigtem sind die höchsten aller Unternehmen der *Fortune* - Weltrangliste der 500 Großunternehmen. Industrien mit geringerer strategischer Bedeutung müssen sich um Macht in der Bundesregierung abstrampeln. Sie müssen staatliche Regulierungsbehörden besetzen und neutralisieren oder, nach Poulantzas, »Refugien« im kapitalistischen Staat finden. Oder sie verfügen über die negative Macht der Nichtzustimmung zur Regierungspolitik, wofür der Kapitalstreik das Extrembeispiel darstellt. Allerdings erfreuen sich das Öl- und Energiekapital - obwohl auch sie ihre eigenen Industrieverbände, Regulierungskommissionen und Refugien haben - einer bevorzugten Stellung in der politischen Ökonomie. Die »Energiefrage« wird in den USA und Europa nicht als eine Angelegenheit des internationalen Handels betrachtet, vielmehr als eine Frage der »nationalen Sicherheit«.<sup>1</sup>

1 Vgl. Yergin 1988. »...wer auch immer den Energienachschub einer Bevölkerung unter Kontrolle hat, ist in der Lage, ihr System der Reichtumsproduktion, der Macht und ihre Werte zu definieren und...jede wesentliche Änderung in der Energiebasis der Zivilisation, wie sie jetzt weltweit geschieht, wird unweigerlich mit einer Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte innerhalb wie zwischen den Nationalstaaten einhergehen« (Mark Reader in *Aleh-Zon*, Februar 1991, S.2). Öl »ist ein wesentlicher Nährboden für fast alle Aspekte wirtschaftlicher Tätigkeit«

Der Grund ist, daß Öl das Geheimnis der Produktion von Kapital, Wert und Mehrwert wie auch der Wertrealisierung und der Zirkulation des Kapitals insgesamt ist. Energie aus fossilem Brennstoff hat die Industrielle Revolution getrieben und speist heute Bergbau und Landwirtschaft, Industrie und Handel. Fossile Brennstoffe allgemein und Öl im besonderen befreien das Kapital aus seiner Abhängigkeit von der physischen Energie des Menschen und sind daher mächtige Waffen gegen die Arbeiterbewegung. Plastikprodukte auf der Grundlage von Öl haben das Kapital aus seiner Abhängigkeit von den militantesten Arbeitern der Geschichte des Kapitalismus befreit - den Metallarbeitern. Öl steigert mehr als jede andere Ware die Produktivität der Arbeitskraft oder die Kapazität der Arbeit, und daher die Produktion des Mehrwerts. Elektrizität, die erste auf Wissenschaft beruhende Ware in der Geschichte, wird vor allem mit Öl und Kohle hergestellt. Und mit Öl ist es möglich geworden, massenhaftes Warenkapital auf dem Markt zu realisieren, indem es den riesigen Automobilmarkt und eine Kultur des Individualverkehrs antreibt, ganz zu schweigen von den Märkten für zahllose andere Waren, die es geschaffen hat.

Abgesehen davon, daß Ölreichtum der entscheidende Faktor bei der Produktion und der Realisierung des Kapitalwerts ist, ist er ein zentraler Bestandteil der weltweiten Zirkulation des Kapitals. Öl ist wahrlich »schwarzes Gold«, und manche sind der Auffassung, daß die Welt auf einen Ölstandard umgeschwenkt sei, als der Öl-Gold-Standard zusammenbrach. Kurz, ohne Öl keine Produktivität, keine Märkte, keine Profite, keine Petrodollar, um das Weltfinanzsystem anzutreiben und kein Pentagon. Kurzum: Kein Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Dies kann von keiner anderen Ware behauptet werden, nicht einmal vom Computer. Dies ist der Grund, warum Öl und US-Kapitalismus und Öl und US-Imperialismus seit langer Zeit synonym sind. Und warum in der amerikanischen Geschichte die Ökonomie die schmutzige Seite der Politik des Öls ist - und umgekehrt.

## 2. Öl und Ökonomie

In dem transkontinentalen Reich namens Vereinigte Staaten gehört es zu den stillschweigenden Prämissen der Außen- und Innenpolitik, daß ein reichliches, stabiles und preiswertes Ölangebot für den wirtschaftlichen Reichtum entscheidend ist wie ein die Verfügung einer umfänglichen Masse von Ölrevenue. Keine andere Ware hat die wirtschaftliche Magie des Öls.

Erstens konsumieren die USA über 25% der Weltölproduktion (einschließlich 100 Mrd. Gallonen Benzin im Jahr). Das Land importiert fast 50% seiner Ölzufuhr, über die Hälfte aus dem Nahen Osten (bis zum Krieg fast 7% aus dem Irak

---

(*Oil and Gas Journal* 1990, S.2). Nicholas Georgescu-Roegen spricht von einer »unauflösbaren Verknüpfung von großer Politik und mineralischen Ressourcen,« eine Lektion, die der große Energieökonom gut gelernt hat anhand des Kampfs um das Öl in seinem eigenen Land, Rumänien (zit. n. Silk 1990).

selbst, nachdem im Jahr 1980 von dort kein Öl importiert wurde).<sup>2</sup> Die Doppeltriebwerke der weltwirtschaftlichen Produktion, Japan und Deutschland, importieren den größten Teil ihres Rohöls aus der Region, die über zwei Drittel der bekannten Ölreserven der Erde enthält (1980 waren es noch 59%).<sup>3</sup> Zwischen 1980 und 1990 stieg der Anteil des Nahen Ostens am Ölmarkt jedes Jahr um mehr als eine Million Barrel pro Tag. »... die Welt ist wiederum so abhängig vom Persischen Golf wie 1980« (Flavin 1991, S.30). Um das Jahr 2000 wird diese Abhängigkeit sogar noch stärker sein.<sup>4</sup> Daher ist es keine Übertreibung zu sagen, daß der Reichtum des Nordens stärker von der Flut des Rohöls aus dem Persischen Golf abhängt als von jedem anderen ökonomischem Einzelfaktor. Dies stimmt besonders in einer Zeit, in der die Bush-Administration entschieden hat, die Energieeinsparnis und die Entwicklung alternativer Energiequellen weiterhin zugunsten von »Lösungen des freien Markts« zu vernachlässigen. Zweitens hängen die USA und die Weltwirtschaft von einer stabilen Ölzufuhr ab. Die Verlässlichkeit der Ölproduktion und des Ölimports hält Schwankungen des Ölpreises in einem steuerbaren Rahmen und trägt deshalb dazu bei, die amerikanische Handelsbilanz zu stabilisieren. Ein stetiger Ölstrom bedeutet auch einen stetigen Strom von Petrodollar, die dazu beitragen, die amerikanische Zahlungsbilanz und die Haushaltsdefizite zu stabilisieren. Und eine beständige Ölproduktion hat einen sicheren und freundlich gesinnten Nahen Osten zur Voraussetzung.

Drittens brauchen die USA billiges Öl, und das Golföl ist billig, mit Ausnahme der siebziger Jahre, als die OPEC in der Lage war, die Preise 1973 zu vervierfachen und sie 1979 wiederum zu verdoppeln. Bis zu den siebziger Jahren war das Golföl billig aufgrund seiner hohen Qualität und der geringen Förderkosten, und auch weil der Westen die politische Hegemonie über die Region vom Tag der Entdeckung des Öls an ausübte. Während England die politische Macht im Golf besaß, hatten die »Sieben Schwestern« die Hegemonie über die Ölfelder. Social, Texaco, Gulf, Exxon, Mobil, Shell und British Petroleum dominierten

- 
- 2 Die USA importierten 1960 weniger als zwei Millionen Barrel; drei Millionen 1970; fast sieben Millionen 1980; und fast acht Millionen 1990. Zwischen 1983, mit knapp über vier Millionen Barrel, und 1990 verdoppelten sich die Ölimporte. Während »die Reagan-Administration bestrebt war, praktisch jedes Regierungsprogramm zur Verringerung der Ölabhängigkeit zu streichen«, fiel die amerikanische Ölproduktion außerhalb Alaskas zwischen 1970 und 1990 stetig. Das Alaska-Öl eingeschlossen, fiel die inländische Produktion zwischen 1970 und 1975, stieg von 1975 bis 1985 an und fiel von 1985 bis 1990. »...die Energiesituation der USA nähert sich der von Europa und Japan, die über keine billigen inländischen Energiequellen verfügen...« (Flavin 1991, S.28, 30f.).
  - 3 Die Staaten der »Koalition«, Saudi-Arabien, Kuwait und die VAE haben jeweils 255 Mrd., 94 Mrd., und 98 Mrd. Barrel; Iran und Irak haben 92 bzw. 100 Mrd. Barrel; Venezuela und Mexiko haben zusammen über 110 Mrd.; die UdSSR hat 59 Mrd. und die USA nur 26 Mrd. Barrel.
  - 4 Die Zahl der Länder, die substantielles Ölangebot für den Export zur Verfügung haben, wird im Jahr 2000 auf ein paar Golfstaaten zusammengeschrumpft sein. »Fast die gesamte restliche Kapazität der Welt zur Ölproduktion liegt im Persischen Golf (Mathew Wald in der *N.Y. Times*, 19.7.1990). Und »sechs von den Briten eingesetzte und vom Westen gestützte Familien, kontrollieren 34% der Weltölreserven« (March 1990, S.4).

das Iranische Konsortium im Iran; und Gulf und British Petroleum monopolisierten die Kuwait Oil Company in Kuwait.

Allerdings handelten diese Monopole nicht so, wie es von Monopolen zu erwarten ist. Statt die Ölproduktion zu drosseln und das Öl teuer zu verkaufen, dehnten sie die Produktion aus und vermarkteten das Öl auf der ganzen Erde. Daher fielen die Rohölpreise in den Jahrzehnten vor der OPEC mehr oder weniger stetig - was vermuten läßt, wie wichtig billiges Öl in der Weltwirtschaft ist, eine Tatsache, die durch die fast genau umgekehrte Korrelation des Bruttosozialproduktwachstums im Westen mit dem Preis von Rohöl unterstrichen wird.

Um die sechziger Jahre begann sich die Kontrolle des Golföls durch den westlichen Imperialismus zu lockern. Macht und Einfluß schwanden. Anstatt einzuschreiten, um das Vakuum zu füllen, versuchten die USA, die in Vietnam die Hände voll hatten, über politische Ersatzleute, etwa die iranische Monarchie, Macht auszuüben. Erst nach dem Yom-Kippur-Krieg, als die von Saudi-Arabien angeführte OPEC die Länder, die Israel unterstützen, unter Druck setzten (und erst nach dem »Tag der Erde« und einem neuen öffentlichen Diskurs über »endliche Ressourcen«) verliehen die USA unter Jimmy Carter ihren »lebenswichtigen« Interessen im Golf ernsthafte Aufmerksamkeit. »Sichere Ölzufuhr« wurde zu einem beherrschenden Thema der amerikanischen Politik; die USA verbesserten ihre Beziehungen zu Saudi-Arabien und durch die ausgeweitete Weltölproduktion, Energieeinsparung und die Rezession der frühen achtziger Jahre wurden die Ölpreise im Verlauf des Jahrzehnts gedrückt. Obwohl die amerikanischen Ölproduzenten hohe Preise vorziehen würden, stützen die amerikanischen Banken und Industrieverbände eine »Strategie des Überangebots«, d.h. niedrige Preise. Und die Unterwerfung des Irak kann als der letzte Schliff für das Projekt der Sicherung niedriger Preise für die neunziger Jahre betrachtet werden - eine Zeit, die als wirtschaftlich unsicher eingeschätzt wird.

Viertens sind reichliche Ölrevenueu - Petrodollar - unabdingbar für gesunde amerikanischen Finanzen. Öl wird in Dollar bezahlt und der größte Teil des aus dem Öl stammenden Reichtumszuwachses wird im Westen investiert oder in den Kreislauf amerikanischer, britischer und Off-Shore-Banken eingespeist. Im Prinzip tragen die Ölrevenueu dazu bei, den Dollar als die Reservewährung der Weltwirtschaft zu halten, was wiederum dazu verhilft, die Fassade der ökonomischen Omnipotenz der USA aufrechtzuerhalten. Die Tatsache, daß das Öl in Dollar denominiert ist, hilft auch den amerikanischen und britischen Banken, ihre Stärke in einer Welt zu behalten, in der die zehn größten Banken japanisch sind.

Praktisch gab es in den siebziger Jahren, als die Preise hoch waren, viel mehr Petrodollar als in den achtzigern, als die Preise fielen, und als gleichzeitig mit japanischem und europäischem Geld der amerikanischen Außenhandel und die Haushaltsdefizite finanziert wurden. In den neunziger Jahren allerdings wenden sich die Deutschen den Investitionsmärkten im Osten zu, während die Japaner ihr Augenmerk auf ihre wachsenden asiatischen Interessen richten. Das weithin

verzeichnete Resultat sind Kapitalknappheit, höhere Zinsen in Deutschland und ein Rückgang der Kapitalimporte in die USA von über 50% im Jahr 1990. Hinzu kommt, daß das amerikanische Handelsbilanzdefizit immer widerspenstiger geworden ist aufgrund des Stroms an amerikanischen Investitionen in überseeische Produktionsstätten während der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als der Dollar sehr stark war. Heute führt ein schwacher Dollar zu weniger amerikanischen Exporten als früher, weil in einheimischen Fabriken weniger Waren für ausländische Märkte produziert werden. Das heißt, daß Petrodollar für die US-Finzen sogar noch wichtiger sind, als es auf den ersten Blick scheint (besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, daß das amerikanische Oberkommando 1988 50 Mrd. \$ ausgab, um den westlichen Zugang zum Golf zu halten). In dieser politisch-ökonomischen Konjunktur nehmen die Kontrolle der Ölrevenue und die Rolle des Petrodollar eine neue Bedeutung für die globale Finanzstabilität an.<sup>5</sup>

### 3. Der Irak und das Öl

Die USA widersetzen sich seit Beginn der irakischen Revolution 1958 dem radikalen irakischen Nationalismus. Als der Schah des Iran 1975 den irakischen Zugang zum Golf abschnitt, wurde er von den USA unterstützt. Und als Ägypten durch die Abkommen von Camp David seine führende Rolle im Nahen Osten verlor, versuchte Saddam Hussein das daraus entstandene Machtvakuum zu füllen, zum Kummer der USA. Als der Irak den Iran angriff, unterstützte die Reagan-Administration stillschweigend den Irak gegen den als radikal nationalistisch und fundamentalistisch eingeschätzten Iran, aber diese Unterstützung wurde beendet, als Irak und Iran Frieden schlossen. Bis 1988 hatte der Irak seine Streitkräfte so stark vergrößert, daß er seine Ambitionen in der Region zu untermauern vermochte, und die USA suchten Mittel und Wege, um Saddam zurechtzustutzen.

Die Annexion Kuwaits durch den Irak wurde weithin als eine Bedrohung des ungehinderten Zustroms von Öl und Ölrevenue, wie auch der Macht und des Einflusses der USA im Golf betrachtet. Irak und Kuwait zusammengenommen verdoppelten die Ölreserven des ersteren und stellten eine politische und militärische Bedrohung Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sowie Israels dar. Da die politische Stabilität der mit den USA verbündeten Scheichs und Könige im Golf wesentlich ist für die Stabilität der Ölzufuhr und da die Sicherheit Israels wesentlich ist für die Sicherheit des imperialistischen Projekts des Westens im Nahen Osten, kann man sich leicht die Schockwellen vorstellen, die durch die politischen und wirtschaftlichen Kreise der USA liefen, als Kuwait vom Irak an sich gerissen wurde.

Der Irak versuchte, die Vereinnahmung Kuwaits mit der Begründung zu recht-

5 1990 schuldeten die Banken der Welt den saudischen, kuwaitischen und VAE - Banken jeweils 24, 7,5 und 9,1 Mrd. \$. (Vgl. *Left Business Observer* 43, 28.1.1991.)

fertigen, daß Kuwait sich der ökonomischen Aggression gegen den Irak schuldig gemacht habe - eine Wahrnehmungsweise, die in der arabischen Welt weithin geteilt wurde. Neben den Fragen des irakischen Golfzugangs und den Bedingungen der Rückzahlung von Schulden an Kuwait, die während des iranisch-irakischen Krieges gemacht worden waren, war im Zeitraum 1989-90 der Ölpreis der entscheidende Streitpunkt.

Die Faktoren, die den Ölpreis nach 1985 und besonders 1989-90 bestimmten, waren vielfältig. Nachdem sie 1981 einen Höhepunkt erreicht hatten, fielen die Rohölpreise stetig bis 1985, als die OPEC-Konferenz keine Übereinstimmung über neue Exportquoten erzielen konnte. Saudi-Arabien steigerte dann zwischen 1985 und 1986 die Produktion von 3200 auf 4800 Barrel täglich (OPEC 1988). Die Ölpreise sackten von 27 \$ auf 15 \$ pro Barrel zusammen und erreichten mit 7 \$ pro Barrel einen Tiefpunkt. Eine Quelle behauptet, daß die Saudis die iranische Ökonomie lähmen und die irakischen Kriegsanstrengungen bestärken wollten (Farouk-Slugett u.a. 1990). Eine andere Quelle stellt fest, daß Saudi-Arabien andere OPEC-Mitglieder bestrafen wollte, die ihre offiziellen Produktionsquoten überzogen (Uchitelle 1991). Ein anderer Grund war womöglich, daß die Saudis die Entwicklung der Ölsuche und Ölproduktion in anderen ölproduzierenden Ländern verlangsamen wollten, um die Märkte des Golfs zu schützen. Saudi-Arabien trat dann den Rückzug an und begrenzte die Produktion 1987 auf 4000 Barrel täglich, nur um 1988 in einer neuen Wendung das Angebot auf 5100 Barrel täglich zu steigern.

In den Jahren 1989 und 1990 nahm der Ausgang eines dreiseitigen Konflikts über die Ölpreise zwischen dem Irak, den USA und ihren Juniorpartnern im Golf das Ergebnis des Krieges selbst vorweg - der Irak war der klare Verlierer. Beim arabischen Gipfeltreffen vom Mai 1989 konzentrierte Saddam Hussein seine Angriffe gegen seine südlichen Nachbarn einzig auf die Überproduktion von Öl und die niedrigen Ölpreise. Im Juli 1990, nachdem während der ersten Jahreshälfte eine größere Ölflut auf den Markt gelangt war, erreichte Saddam tatsächlich eine formelle Übereinkunft mit den Saudis und den Kuwaitis über die Drosselung der Produktion. Aber Kuwait als der Hauptschwindler mit den OPEC - Quoten, hatte offenbar nicht die Absicht, das Abkommen einzuhalten. Der Zielpreis von 21 \$ pro Barrel, auf den man sich geeinigt hatte, war eine Leerformel; saudisches Rohöl wurde im Juni 1990 für 13 \$ verkauft. Weiterhin hatte allein Saudi-Arabien bedeutende überschüssige Produktionskapazitäten und, zusammen mit Kuwait und den VAE, über seine OPEC - Exportquoten hinausgehende Kapazitäten (*Oil and Gas Journal* 1990, S. 17; Farouk-Slugget 1990). Im Gegensatz dazu hatte der Irak keine überschüssige Produktionskapazität; Saddam konnte die Ölrevenue nur steigern, indem er die OPEC zwang, die Produktion einzuschränken und die Preise zu erhöhen. Aufgrund amerikanischen Drängens verletzte Kuwait weiterhin die Exportquoten der OPEC und drückte die irakischen Einnahmen um eine Mrd. \$ jährlich mit jedem Preisrückgang von einem Dollar pro Barrel (*Time*, Aug. 1990). Auf das Drängen der USA hin, die gegen jedes

Abkommen waren, das den Irak in seinem Anspruch auf Macht in der Region bestärken würde, brach Kuwait, obwohl scheinbar bereit, den Irak zu beschwichtigen, am 31. Juli 1990 abrupt weitere Gespräche ab (*Intelligence Newsletter*, 29.8.1990).

Im Kampf um die Ölpreise haben die USA klar ihre selbstdefinierten strategischen Interessen im Golf gesichert. Die ökonomische Aggression Bushs (und Kuwaits) gegen den Irak muß auf zwei Ebenen verstanden werden. Erstens wußten die USA und ihre Juniorpartner, daß der Irak keine überschüssige Produktionskapazität zur Verfügung hatte und daher höhere Ölpreise verlangte, um die Einnahmen zu erhöhen. Das Gegenteil traf auf Kuwait, die Saudis und die VAE zu. Auf einer tieferliegenden Ebene hat der Irak, mit einem ausgeglichenen Verhältnis von Öl und Bevölkerung, die meisten seiner Ölrevenue in sein Militär, die ökonomische Entwicklung und die soziale Wohlfahrt im Land investiert. Irak kann von daher als ein merkantilistischer Rentierstaat beschrieben werden, der starke Anreize hat, die Grundrenten und die Handelsmonopolprofite zu erhöhen, indem er den Output begrenzt, um die Preise hochzutreiben.

Im Gegensatz dazu haben die Scheichtümer und Königreiche am Golf ein hohes Verhältnis von Öl und Bevölkerung und investieren die meisten ihrer Öleinnahmen im Westen - im Fall Kuwaits auf eine strategisch bestimmte Weise zum Zweck politischer Einflußnahme in Washington und Whitehall. 1986 und 1988 übertrafen die Einnahmen Kuwaits aus den ausländischen Investitionen tatsächlich seine Ölrevenue. Wie Kuwait haben auch die Saudis riesige Investitionsbeiträge in der westlichen kapitalistischen Wachstumsmaschine, so etwa den halben Anteil an den Raffinerien und Tankstellen von Texaco im Osten der USA. Saudi-Arabien plant auch den Bau von Raffinerien in Asien, wo das Nachfragewachstum für Öl größer ist als in Europa und den USA. »Saudi-Arabien ist seit langem bestrebt, den Wandel von einem Rohölproduzenten zu einer voll integrierten internationale Macht in der Rohölproduktion, im Transport, in der Verarbeitung und im Verkauf von Öl zu bewerkstelligen« (Goldstein 1991, S.38)

Die Interessen Saudi-Arabiens und Kuwaits ähneln somit jenen eines industriekapitalistischen Staates, was ihnen ein mächtiges Motiv verleiht, den Westen gut mit Öl und Geld geschmiert zu halten, indem die Produktion ausgeweitet und die Ölpreise niedrig gehalten werden. »...Es gibt immer eine Spannung zwischen den Interessen Saudi-Arabiens, das riesige Reserven hat und einen niedrigen Preis haben will, damit die Welt weiterhin vom Öl abhängig bleibt, und von Ländern wie Irak und Iran, die hohe Einnahmen wollen, um die Entwicklung voranzutreiben« (M.Wald, *New York Times*, 11.2.1991). Auch dem amerikanischen Kapital ist mit niedrigen Preisen gedient - trotz nachteiliger Auswirkungen auf die einheimischen Produzenten, die hohe Kosten haben -, besonders wenn die überschüssigen Ölrevenue wieder in den amerikanischen Wirtschaftskreislauf eingespeist werden. Kurz, die objektiven Interessen des Irak als einer Öl-macht sind denen der US - »Koalition« im Golf genau entgegengesetzt.



#### 4. Politik und »Glaubwürdigkeit« der USA

Die ökonomische Theorie des Golfkrieges hat viel für sich. Allerdings stellt sie nur eine Teilwahrheit dar, dazu noch eine »Hintergrund«-Wahrheit. Es gab eine politische Logik, die mehr oder weniger parallel zur ökonomischen Logik verlief, und Bushs politische Motive fanden sich in friedlicher Koexistenz mit den ökonomischen Motiven der USA.

Die politische Theorie des Krieges gibt den Erfordernissen der Nahostpolitik einerseits und den Imperativen der nationalen Sicherheitsordnung der USA andererseits den Vorrang. Erstens glaubte der Irak offenbar, daß seine »Verteidigung« der arabischen Welt gegen die Perser im Osten und die Israelis im Westen ihm die Unterstützung der meisten, wenn nicht aller arabischen Staaten für seinen Schritt gegen Kuwait einbringen würde (Khalidi 1991). Vom Standpunkt des Irak aus gesehen konnte die militante Unwilligkeit Israels, einen palästinensischen Staat entlang seiner Grenze zu gestatten, nur gebrochen werden, wenn eine arabische Macht militärische Überlegenheit gegenüber Israel innehatte, insbesondere eine glaubwürdige militärische Abschreckung. Saddam Hussein sah daher Kuwaits »ökonomische Aggression« 1989-90 nicht nur als gegen den Irak gerichtet, sondern auch als anti-arabisch und pro-israelisch. Sein Fehler war es offensichtlich, pro-irakische sowie anti-iranische und anti-israelische Gefühle in der arabischen Welt zu überschätzen - und gleichzeitig das Engagement der Vereinigten Staaten bei der Verteidigung Israels und ihrer ölproduzierenden Klienten zu unterschätzen.

Zweitens, vom Standpunkt der künftigen amerikanischen Politik noch wichtiger ist die Dynamik der nationalen Sicherheitsordnung der USA - die imperiale Präsidentschaft, das Pentagon, der nationale Sicherheitsapparat, der militärisch-industrielle Komplex, wie auch die amerikanische Kultur des Kalten Krieges im allgemeinen. Das politische Argument lautet, daß die »neue Weltordnung«, definiert nicht als eine neue Ordnung in der Welt, sondern als eine Welt, die von der Neuen Welt (d.h. den USA) geordnet wird, in Wirklichkeit eine »alte Weltordnung« ist, die von den USA nach dem zweiten Weltkrieg errichtet wurde, um den Kommunismus und die Revolution in der Dritten Welt einzudämmen und dem US-Kapital freien Zugang zu Rohstoffen, Arbeitskräften, Investitionsmöglichkeiten und Märkten im Süden zu verschaffen. So gesehen, ist die »neue Weltordnung« einfach eine Pax Americana. Während die ökonomische Theorie die Geopolitik als die geologische Politik des Öls bestimmt, definiert die politische Theorie die Geopolitik als die geographische Politik mit Klientelstaaten, freundlich gesinnten Regierungen und Einflußsphären.

Die politische Theorie beginnt mit den globalen Ambitionen der USA seit dem Ersten Weltkrieg und der politischen Konjunktur am Ende des Zweiten Weltkriegs, als die USA viel von den verfallenen und besiegten Reichen der Alliierten und Achsenmächte erbt. Ohne wirkliche Debatte entschied sich das politische Establishment der USA gegen innere Reformen und zugunsten eines expansionistischen Pfads im Zusammenhang mit einer weltumgreifenden Politik des Anti-

kommunismus. Wirkliche Reformen im Innern wurden verworfen als die USA die Rolle des Weltpolizisten einnahmen. Die nationale Sicherheitsordnung bildete sich zum vorherrschenden Zusammenhang von Institutionen heraus. Das Pentagon wurde während des Korea- und Vietnamkriegs enorm ausgedehnt; die Präsidentschaft wurde zu einer imperialen Präsidentschaft; der militärisch-industrielle Komplex wurde zu einer treibenden Kraft des amerikanischen Kapitalismus; und der Kalte Krieg und die nukleare Drohung wurden zu einer Lebensweise.

Trotz des »Verlusts« von China 1949 und von Kuba 1959 kam die amerikanische Macht in fast der gesamten übrigen Welt erfolgreich zum Zuge. Die USA unterstützten bezeichnenderweise die reaktionärsten politischen Elemente in den Ländern, die schon von der kolonialistischen Herrschaft befreit waren, z.B. Griechenland, die Philippinen, Guatemala und Iran. Korea stellte den Modellfall dar: Die Amerikaner verbündeten sich mit den Koreanern, die mit den japanischen Invasoren im Süden gegen den Norden, der den Widerstand gegen die japanische Besatzung anführte, kollaboriert hatten. Gleichzeitig stellten sich die USA als Freund anticolonialistischer Kräfte in Asien und Afrika dar, die eine formelle Entkolonialisierung durchmachten. In jenen Ländern, die es wagten, mit einem radikalen Nationalismus zu experimentieren, etwa Indonesien und Ghana, wandten sich die amerikanischen Außenpolitiker gegen die Nationalisten.

Aber die amerikanische Niederlage in Vietnam und Südostasien drohte die Konfiguration einer von den USA beherrschten Weltordnung aufzubrechen. Die Tet-Offensive von 1968 kennzeichnete den Anfang vom möglichen Ende des »glaubwürdigen« Einsatzes der amerikanischen Macht in der Welt. Watergate, die CIA-Enthüllungen des Church-Komitees, das sich ausbreitende »Vietnam-Syndrom«, siegreiche nationale Befreiungskämpfe in den Frontstaaten des südlichen Afrika, die Niederlage des Faschismus in Spanien und Portugal, die Vorherrschaft von Labour und Sozialdemokratie in Großbritannien und Europa und der Aufstieg des Eurokommunismus drohten die »Glaubwürdigkeitslücke« in nicht wettzumachendem Maße aufzureißen und die nationale Sicherheitsordnung zum Einsturz zu bringen. Unter den schwachen Präsidentschaften von Gerald Ford und Jimmy Carter waren die siebziger Jahre eine Zeit politischer Verwirrung und Beunruhigung für die nationalen Sicherheitsmanager und für die herrschende Elite allgemein. Es öffnete sich ein politisches Vakuum (das McGovern 1972 auszufüllen versuchte), aber die neuen sozialen Bewegungen waren zu sehr an politischen Einzelthemen orientiert und politisch zu uninspiriert, um die Leere füllen zu können. Ronald Reagan und die Republikaner, mit einer mächtigen ökonomisch liberalen und gesellschaftlich konservativen Kampflinie, unterstützt durch die neuen Political Action Committees der Unternehmervverbände, waren es nicht. Auf jeden Fall lautete der feierliche Eid der Manager der nationalen Sicherheit, daß die »Glaubwürdigkeit« der USA in der Welt auf die eine oder andere Weise wiederhergestellt würde. Es folgte ein Jahrzehnt der militärischen Aufrüstung, der amerikanischen Aggression in Mittelamerika und einer

symbolischen Politik der amerikanischen Weltordnung.

Durch den Abschluß des Kalten Krieges und die zunehmende Schwäche der nationalen Kämpfe im Süden wurde dann plötzlich die wesentliche Rechtfertigung der amerikanischen Sicherheitsordnung und des militärisch-industriellen Komplexes aus dem Weg geräumt. Dies geschah auch durch den Triumph der Ideologie des freien Marktes in der Dritten Welt und vielen sozialistischen Ländern wie in den durch Labour und Sozialdemokratie geprägten Ländern Europas. 1989-90 begannen liberale Demokraten, Umweltschützer, Feministinnen, Anhänger der Rüstungskonversion und viele andere Reformer und soziale Bewegungen einen Versuch, die politische Leere auszufüllen. Viele Lokalregierungen, allerdings mit leeren Kassen, waren auf Reformpolitik umgestellt worden. Isolationistische Gefühle waren so stark wie seit den frühen siebziger Jahren nicht mehr<sup>6</sup> und innere Reformen begannen zum ersten Mal seit den Sechzigern ernstgenommen zu werden. Die Rede war wieder von einer »Friedensdividende«, auch eine »Besteuert-die-Reichen«-Rhetorik war zu hören. In den Schlachten um den Bundeshaushalt 1989-90 begannen liberale Demokraten und andere, die Notwendigkeit vieler militärischer Programme in Frage zu stellen und riefen dazu auf, die Rangliste der politischen Prioritäten auf nationaler Ebene neu zu ordnen. Eine nicht-expansionistisches Programm innerer Reformen schien deutlich möglich, wenn nicht wahrscheinlich zu sein.

Unterdessen waren die imperiale Präsidentschaft und das Pentagon ihrer wesentlichen Daseinsgründe beraubt. Der Mangel an Glaubwürdigkeit war so stark wie nie zuvor, angesichts der Tatsache, daß die Kluft zwischen den Symbolen der amerikanischen Macht und ihrer realen Fähigkeit, Macht einzusetzen, derart breit war. Allerdings konnte ein erfolgreicher und populärer Krieg die Kluft auf eine Weise schließen, wie es Reagans symbolische Politik des Kalten Krieges und die Invasionen Grenadas und Panamas nicht vermocht hatten. Ein solcher Krieg würde auch den Respekt für das Militär im Land erhöhen und schließlich auch innere Reformen verhindern - um deren Aussichten es noch besser stand, als die USA Ende 1990 in eine Rezession schlitterten. Der vielleicht wichtigste Gesichtspunkt ist, daß der ehemalige CIA-Direktor und Weltkriegsflieger George Bush angesichts einer schwachen einheimischen Ökonomie zweifellos einen unschlagbaren Plan zur Wiederwahl 1992 haben wollte, wie auch einen gewinn-

---

6 Eine von Thomas Barnett durchgeführte und in der *Far Eastern Economic Review* abgedruckte Analyse von Meinungsspalten und Leitartikeln in führenden amerikanischen Zeitungen von August bis November 1990 zeigt auf, daß nur ein Viertel eine Politik des Alleingangs im Golf unterstützten; etwa ein Drittel war für eine multilaterale Politik und ein Drittel war isolationistisch. Eine Kriegspolitik der gewaltsamen Befreiung Kuwaits und besonders der Zerstörung des Iraks als einer Hauptmacht in der Region fand im Land offensichtlich kaum Unterstützung, zumindest bis zum verhängnisvollem Ultimatum des Sicherheitsrats für den 15. Januar. Bushs Strategie bestand klar darin, die Unterstützung der Multilateralen zu gewinnen und die Isolationisten zu isolieren um die Bedingungen für eine unilaterale Kriegspolitik zu schaffen. Der Spruch »Gebt den Sanktionen Zeit« hatte wenig oder nichts mit dem verspäteten Start einer unilateralen Kriegspolitik zu tun. Der Aufschub war nötig, um »internationale Kooperation« und damit die Unterstützung der Multilateralen im Land zu bekommen.

baren großen Krieg, um »Amerikas Größe« wiederherzustellen und Bush einen Ehrenplatz in der amerikanischen Geschichte zu sichern.

In der Bush-Administration gab es daher starke Beweggründe für eine Kriegspolitik, trotz der Opposition führender Vertreter des Establishments. Die Waffe - der High-Tech-Rüstungsschub der achtziger Jahre - war zur Hand. Grenada und Panama hatten als Probeläufe für die Kontrolle der Medien und der Kriegspropagandatechniken geklappt. Die irakische Aggression gegen Kuwait bot die Gelegenheit. Das Pentagon konnte seine fürchterlichen Nintendo-Spiele am Golf spielen, seine neuen und tödlichen Spielzeuge ausprobieren, gleichzeitig den Antimilitarismus und nennenswerte Reformen im Inneren aufhalten, die Macht und »Glaubwürdigkeit« der USA einsetzen und dem Kriegsstaat wie dem Expansionismus neues Leben einhauchen.

## 5. Ökonomie und die »Glaubwürdigkeit« der USA

Die politische Theorie des Golfkrieges ist mindestens so überzeugend wie die ökonomische. Und was das Verständnis der politischen Ziele von Bushs Kriegspolitik angeht, ist die politische Theorie offensichtlich stimmig. Aber in einer wichtigen Hinsicht ist der Unterschied zwischen ökonomischen und politischen Motiven illusorisch. Vom Öl und von George Bush, dem Kriegspräsidenten, abgesehen, gibt es eine direkte Verknüpfung von Profit und Macht, die Präsident Eisenhower vor langer Zeit den »militärisch-industriellen Komplex« genannt hat - der Grundstein der Wirtschafts- Sozial- und Außenpolitik der USA in den achtziger Jahren. Die Frage, wie es dazu kam, erfordert einen weiteren Blick zurück auf die siebziger und achtziger Jahre.

In den späten siebziger Jahren, als die politischen Führer und nationalen Sicherheitsmanager mit einer sich verschlechternden Lage konfrontiert waren, war das Bild, das sich für die amerikanischen Wirtschaftsführer abzeichnete, gleichermaßen düster. Die Weltwirtschaft stagnierte. Die durchschnittliche Profitrate war gesunken. Ein Grund dafür war der Ölschock von 1973 (dem 1979 ein zweiter folgte), ein Ausdruck der schwachen Kontrolle des Westens über den Nahen Osten und der neuen ökonomischen Unabhängigkeit vieler der weltweit wichtigsten Ölproduzenten. Ökonomische Probleme aller Art traten zutage. Die USA sahen sich auf den überseeischen und einheimischen Märkten mit einer wachsenden Konkurrenz aus Nordostasien und Europa gegenüber. Eine neue ökonomische Konfiguration namens »Stagflation« verblüffte die Wirtschaftsplaner. Gegen Ende des Jahrzehnts wurden die Banken und die »Finanzwelt« durch Hyperinflation in Angst und Schrecken versetzt.

Am schwersten wog, daß die Wachstumsrate des Welthandels sank. Die Wirtschaft antwortete auf die Krise weltweit mit einer Politik der unablässigen Kosteneinsparung, um die Profite zu verteidigen. Präsident Carter rief zur Energieeinsparung und zur Unabhängigkeit vom Energieimport auf, um die Energiekosten zu verringern (unterdessen baute er die amerikanischen schnellen Ein-

greiftruppen auf, um die Ölzufuhr aus dem Ausland zu sichern). Besessen davon, die Produktivität zu steigern und die gefährlichen Inflationsraten zu verringern, unterstützte die Wirtschaft die geplante Rezession von 1981-1982. Die Reallöhne fielen weiter und die Arbeitslosigkeit stieg. Aber die heiligen »Produktionskosten« begannen zu fallen.

Die kostensenkenden Strategien des wirtschaftlichen Krisenmanagements drohten die Weltnachfrage für Güter und Dienstleistungen weiter zu verringern - als unabweichliches Ergebnis gesunkener Reallöhne, der Arbeitslosigkeit, der Bankrotte kleiner Firmen und einer drohenden Krise der Farmen. Mit Reagan und den Expansionisten an der Macht wurde eine Politik der Reformen und der Reichtums- und Einkommensumverteilung, also eine Steigerung der Einkommen der Arbeiterklasse und der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, nicht in Betracht gezogen. Stattdessen bewerkstelligten das Finanzsystem und die Zentralbank die größte Expansion von Kreditgeld (und letztlich von Schulden) in der Geschichte des Kapitalismus, während die Wirtschaft die Produktionskosten niedrig hielt, um zur Kontrolle der Inflation beizutragen. Konsumenten, Wirtschaft und Bundesregierung gaben ihre aufgenommenen Kredite aus und heizten die effektive Nachfrage an. Im Verhältnis zum Einkommen stiegen die kreditgestützten Käufe der Konsumenten (und ihre Schulden) auf Rekordhöhe. Auch die Wirtschaft und die Bundesregierung borgten sich mehr Geld im Verhältnis zu ihrem Kapital bzw. Einkommen und versanken tiefer in Schulden.

Während der Konsumismus, die Spekulation und die Habgier den Boom der Konsumentenkredite und die Kreditaufnahme der Wirtschaft antrieben, verschärften die nationalen Sicherheitsmanager und die Beschaffungsspezialisten des Pentagon das Haushaltsdefizit des Bundes. Es wurde eine rücksichtslose Politik des Rüstungskeynesianismus betrieben. Anfangs und Mitte der achtziger Jahre wuchsen die Rüstungsausgaben doppelt so schnell wie die zivilen Ausgaben in den USA und im Ausland. Das Rüstungsbudget stieg in den Achtzigern um über 40% und alle anderen Budgetausgaben (außer Transferzahlungen) sanken. Auch wurden die privaten und öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsetats abhängiger von der Großzügigkeit des Pentagon. Das amerikanische Militär und die transnationalen Unternehmen richteten die Hi-Tech-Entwicklung in den USA vor allem auf die Steigerung der Kommunikations- Koordinations- und Kontrollkapazitäten des Pentagon und des Big Business aus. Die rüstungsverwandte Industrie wurde zur Wachstumsbranche der achtziger Jahre wie auch zu einem erfolgreichen Exportsektor. Schließlich bildete der militärisch-industrielle Komplex den Ersatz für eine amerikanische Sozialpolitik was Wohnungsbau, Gesundheit, Bildungsbeihilfen, Löhne und Renten anging.<sup>7</sup> Die gilt besonders für den von Ann Markusen so genannten »Gun Belt« - ein Halbmond, der sich von Seattle nach Los Angeles erstreckt, durch den Südwesten und Texas, und sich von Florida zur Route 128 in Boston heraufzieht.

7 Vgl. die Ph.D. - Arbeit von Bristow Hardin, Sociology Board, University of California, Santa Cruz.

Somit hat eine angebotsorientierte Administration eine nachfrageorientierte Politik der Rüstungsausgaben übernommen, um die effektive Nachfrage aufrechtzuerhalten, einen Ersatz für wirkliche innere Reformen und Sozialpolitik zu schaffen, die »Glaubwürdigkeit« der USA in der Welt wiederherzustellen und zu Hause Respekt für das Militär und eine Law-and-Order-Kultur zu gewinnen. Die USA ähnelten in gefährlichem Maße einem Militärstaat. Amerikanischer Imperialismus und Individualismus, gefährlich pathologische Zwillinge, wucherten wie nie zuvor. Kein Wunder, daß Bush dachte, er könne in die Geschichte eingehen als der erste Präsident seit Truman, der einen Krieg gewonnen hat, und der amerikanische Durchschnittsbürger gab Bush schließlich seine volle Unterstützung.

## 6. Schlußfolgerung

Die hier vorgestellten analytischen Gedankengänge lassen stark vermuten, daß George Bush viele Beweggründe hatte, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen. In der Sprache des Strukturalismus war der Golfkrieg »überdeterminiert«. Im weberianischen Diskurs waren die ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und ideologischen Faktoren, die zum Krieg beitrugen, untereinander »wahlverwandt«. In der Sprache der Detektivgeschichte war der Krieg ein *Mord im Orient-Express*, ein Kriminalroman von Agatha Christie, in dem Hercule Poirot entdeckt, daß jeder Verdächtige ein Motiv für den Mord hegte und tatsächlich an der Ermordung eines abgrundtiefen Bösewichts teilgenommen hat.

Die Tatsache, daß Bushs Kriegsmotive zahlreich und strukturell verknüpft waren, unterstreicht dramatisch die Probleme, denen sich die Friedensbewegung und andere soziale Bewegungen - die Umwelt- und Arbeiterbewegung eingeschlossen - in den neunziger Jahren gegenübersehen. Die Hindernisse, die den sozialen Bewegungen, die künftige Kriege zu verhindern suchen und radikale innere Reformen herbeiführen wollen, entgegenstehen, sind in den Neunzigern so gewaltig wie in jedem Zeitabschnitt der jüngeren amerikanischen Geschichte. Das Öl und die Macht der USA, die Grundlagen der Ökonomie und der amerikanischen Außenpolitik stehen auf dem Spiel, wie auch die führende Rolle der militärisch-industriellen Komplexes. Öl kann nun als das Mittel für ökonomische und imperialistische Zwecke betrachtet werden. Die Politik, das Pentagon, der militärisch-industrielle Komplex und das Bankensystem sind auf ihre je eigene Weise Mittel für den Zweck Öl. Gefährde das Öl und du gefährdest die nationale Sicherheitsordnung und die »Glaubwürdigkeit« der USA. Gefährde das Pentagon und den militärisch-industriellen Komplex der USA, und du gefährdest das Öl. Ökonomie und Politik stürzen somit in ein fast undurchdringliches schwarzes Loch zusammen.

Eine wirksame Friedensbewegung muß daher auch eine wirksame Bewegung für innere Reformen sein, und umgekehrt. Die Friedensbewegung kann keinen einzigen wichtigen Aspekt der amerikanischen Außenpolitik irgendwo auf der Welt

unverändert lassen; die Reformbewegung kann keinen einzigen wichtigen Aspekt der amerikanischen Lebensweise im Land selbst unhinterfragt oder immun gegen radikale Veränderungen lassen. Dies ist eine ernüchternde Lehre aus dem Golfkrieg - an Einzelproblemen ausgerichtete Bewegungen und deren »Reinheit« sind nun Hindernisse für den gesellschaftlichen Wandel. Angesichts der internationalen Struktur der ökologischen Krise und der ökonomischen und sozialen Ungleichheit ist es insbesondere dringend nötig, die Ökologie mit Fragen der ökonomischen und sozialen Gerechtigkeit zu verknüpfen oder zu unterlegen. Schließlich setzt eine wirksame Friedens- und Reformbewegung, rot-grüne Politik eingeschlossen, eine politische Bewegung traditionellen Typs voraus - in den Gräben der Präsidentschaftspolitik. Ohne einen anti-imperialistischen, reformistischen Präsidenten kann die nationale Sicherheitsordnung, und alles wofür sie steht, nicht wirklich herausgefordert werden.

Vernünftige Rot-Grüne werden sich über die genaue Art und Weise streiten, wie künftige Expansionskriege zu verhindern und radikale Reformen im Land herbeizuführen sind. Eine Aufgabe scheint jedoch wesentlich zu sein. Sie besteht darin, daß die Bewegung dem Abbau nationaler Sicherheitsordnung, die inzwischen selbst an ihren eigenen Ansprüchen gemessen eine Mißbildung ist, die höchste Priorität geben muß. Der Erfolg eines solchen Vorhabens erfordert eine lange Auseinandersetzung mit dem expansionistischen Unterfangen der USA und ihrer ökonomischen und politischen Infrastruktur, in einer massiven und vereinten Anstrengung.

Der Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und Militarismus ist auch ein Kampf für radikale Reformen im Innern, und umgekehrt. Während die schwarzen Führer von W.E. DuBois und der *Messenger*-Gruppe in den zwanziger und dreißiger Jahren und Martin Luther King in den Sechzigern bis zu Jesse Jackson in den achtziger Jahren diesen Angelpunkt der amerikanischen Politik gut gelernt haben, bleiben die Verknüpfungen zwischen Außen- und Innenpolitik, einschließlich jener zwischen Imperialismus nach außen und Individualismus nach innen, für die meisten Amerikaner, selbst für viele Linke, im Dunkeln. Dies heißt, daß die breite Unterstützung der Bevölkerung für Bushs Krieg die Chancen für innere Reformen auf Jahre hinaus einschränken könnte. Ein expansionistischer Kriegsstaat, der das Militär feiert und Liberale und Linke als unpatriotisch zieht, und der den Konsumismus als Ersatz für Reformen anbietet, ist eine reale und furchterregende Aussicht. Aber wir müssen immer im Auge behalten, daß die »neue Weltordnung« nicht eine Welt bedeuten muß, die von der Neuen Welt geordnet wird, und daß Pax Americana ein Amerika bedeuten kann, das friedlichen Lösungen für regionale und internationale Konflikte ebenso verpflichtet ist wie gerechten und rationalen Lösungen für die Fülle der ökonomischen und sozialen Probleme an der Heimatfront.

Übersetzung: Klaus Fritz

## Literatur

- Farouk-Sluggett, Marion u. Peter Sluggett (1990): Iraq since 1986: The Strengthening of Saddam, in: *Middle East Report*, Nov.-Dez.
- Flavin, Christopher (1991): Conquering U.S. Oil Dependence, in: *World Watch*, Jan./Feb.
- Goldstein, Carl (1991): Chair Reaction, in: *Far Eastern Economic Review*, 14.2.1991
- Khalidi, Walid (1991): The Gulf Crisis: Origins and Consequences, in: *Journal of Palestinian Studies* XX, 2
- March, Allan (1990): What was Kuwait, in: *Toward Freedom* 39
- Oil and Gas Journal* (1990): »Price Hikes, Fears of Oil Supply Crisis Trail Iraq Attack on Kuwait, 13.8.1990
- OPEC (1988): *Annual Statistical Bulletin*
- Silk, Leonard (1990): Economic Scene, in: *The New York Times*, 14. Dez. 1990
- Uchitelle, Louis (1991): Gulf Victory May Raise U.S. Influence in OPEC, in: *The New York Times*, 5.3.1991
- Yergin, Daniel (1988): Energy Security for the 1990s, in: *Foreign Affairs*, Herbst 1988

### **PROKLA, Heft 85, Dezember 1991** **"Kriminalität und Zivilisationsverlust im Kapitalismus"**

Von Marxens Hoffnung auf die zivilisierenden Wirkungen des Kapitals bis hin zu Webers Überzeugung vom Fortschreiten des Rationalisierungsprozesses reichten die Mutmaßungen, daß der Kapitalismus zwar eine kalte, doch regelhafte Welt schaffe. Intrige, Meuchelmord, Bestechung, Zügellosigkeit und Leidenschaft sollten durch das nackte Interesse gebändigt werden. Die Deregulierung der Ökonomie und die Neuaufteilung der Welt haben jedoch gezeigt, daß hinter dem schönen Schein des "zivilen" Kapitalismus wie eh und je die Gesetze des Dschungels herrschen, von Medellin bis Palermo, von Budapest bis Lagos, von Frankfurt/Main bis Kuwait City. Über die Korrumpierung ganzer Kontinente und die Macht der Gewalt auf den Finanzmärkten, über Politik und Verbrechen, Waffenschmuggel und Drogendollars, Mafia als Methode.